

schriften werden müsse, kann die Bürgerschaft nichttheilen, wie sie überall aus den Bundesgesetzen auch nichts herausfinden vermag, was auf die Bedeutung der Verträge der einzelnen Staaten Anwendung finden könnte, und muß sie somit auch diesen Antrag ablehnen. Zu III. Da die Bürgerschaft nicht Willens ist und sich auch nicht für competent hält, zu beschließen, daß auf Grund der beantragten Wahlberechtigungen ungestüm eine Zustimmung der Bürgerschaft stattfinden soll, so kann sie auch dazu ihre Zustimmung nicht geben, daß das Gesetz, die Deputation betreffend, einer gründlichen Revision von einer noch nicht vorhandenen Körperschaft unterzogen werden soll. Sie kann aus den Bundesgesetzen auch nichts herausfinden, was irgend Veranlassung gebe, das betreffende Gesetz nach dem vom Senat beantragten leitenden Grundsatz umzuändern und da sie überhaupt keine Verbesserung in einer solchen Veränderung zu erblicken vermag, so hält sie sich für verpflichtet, auch diesen Antrag des Senats abzulehnen. Zu IV. Ohne auszusprechen, daß die §§. 6, 25, 26, 116, 117, 118, 125, 152, 190 — 198 der Verfassung nebst den darauf bezüglichen Gesetzen sämtlich nicht mit den Bundesgesetzen in Einklang stehen, sieht sich die Bürgerschaft doch, auf Grund der Bundesbeschlüsse, welche dahin gehen, daß die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten namentlich die seit dem Jahre 1848 getroffenen Einrichtungen und erlassenen gesetzlichen Bestimmungen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen sollen, ob dieselben mit den Bundesgesetzen in Einklang stehen, veranlaßt, zu dieser Prüfung nach §. 188 der Verfassung eine gemeinschaftliche Deputation zur Erstattung eines gutachtlichen Berichts zu beantragen, welche darüber ungestüm zu berathen und zu berichten haben würde: welche der oben bezeichneten Paragraphen mit den Bundesgesetzen in Widerspruch stehen, und welche gesetzlichen Bestimmungen an die Stelle derselben verfassungsmäßig zu treffen sein dürften.

Zu Mitgliedern dieser Deputation sind ernannt: Aelt. Heye, Dr. Lampe, Wischmann, Th. Bastian, Wulstein jun., W. Brandt, Eisenhardt, J. Rösing, D. Reinken, Rogge, Emil Meyer.

### Frankreich.

Paris, 7. Oct.

Wir lesen im Avenement: Man spricht viel von der bevorstehenden Botschaft des Präsidenten der Republik. Man versichert, daß darin sehr viel die Rede von der Kandidatur des Prinzen Joinville sein wird und den Umtrieben, zu denen sie Veranlassung gegeben. Was das Gesetz vom 31. Mai anlangt, so ist es beinahe gewiß, daß das Gouvernement in den ersten Tagen des November die Zurücknahme derselben verlangen wird.

Bei einer der letzten Versammlungen der Legitimisten soll die Fraction, an deren Spize der General St.-Priest steht, den Beschluss gefaßt haben, gegen den Crétien'schen Antrag und gegen die Gewaltüberlängerung Ludwig Napoleon's zu stimmen. Diese Fraction vermehrt sich mit jedem Tage, und es scheint, daß der Abfall, den dadurch das Lager Berryer-Gallouë-Denis-Benoist erleidet, ziemlich empfindlich werden dürfte. Wenn dies so fortgeht, ist es leicht möglich, daß die Revision der Verfassung nicht einmal mit einfacher Stimmenmehrheit durchgeht.

Die Assemblée nationale sagt über die Kunde von Cabinetsänderung, die sich in Paris verbreitet, daß man die Erregung Léon Faucher's durch Odilon-Barrot für gewiß gemeldet, daß aber andere besser unterrichtete Personen wissen wollen, Odilon-Barrot würde das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und Baroche das des Innern übergeben werden. Wir wissen nicht, welche Tragweite diesen Gerüchten beizumessen, die sich seit einiger Zeit erneuern; sie schienen uns aber begründet genug, um von uns wiederholt zu werden.

Paris, 5. Oct. Die armen Journale waren bis noch vor wenigen Tagen in arger Verlegenheit. Es wollte sich nichts Neues zutragen, die trostloseste Windstille herrschte in allen Kreisen. Die Parteien bereiten sich im Stillen vor auf den bei Wiedereröffnung der Nationalversammlung bevorstehenden Kampf. Im Elysée selbst hat nachgerade die zuwartende Politik gesiegt. Die Minister und der Präsident fügen sich in das Unvermeidliche. Jene sehen ihrem baldigen Rücktritt entgegen, dieser denkt über seine Botschaft nach. Léon Faucher, der anfangs mit seinen Ansichten über das Gesetz vom 31. Mai transigieren zu lassen bereit schien, sah früh genug ein, daß Ludwig Napoleon einmal auf diesem Wege sich kaum mit den ministeriellen Zugeständnissen begnügen werde, und er lenkte wieder ein. Die Rude in Chalons für Marne war die Uebereilung eines bonapartistischen Moments des Ministers und der Minister des Innern ist bald wieder zu seiner alten Vorsicht zurückgekehrt. In einem zu St.-Cloud abgehaltenen Ministerrat beschlossen die Mitglieder des Cabinets einstimmig die Beibehaltung des Gesetzes vom 31. Mai und Ludwig Napoleon that nichts, seine Minister von diesem Beschlusse abzubringen. Er zog es vor, zu schweigen. Diese Zurückhaltung ist man am Präsidenten schon gewohnt, aber diesmal dürfte sie eine wichtigere Bedeutung haben als gewöhnlich. Das Gesetz vom 31. Mai ist in den Augen des Präsidenten ein augenblicklicher Hülfsgenosse, und man wird es, darüber besteht kein Zweifel mehr, über Bord werfen. Die Botschaft des Präsidenten wird dieses Factum nebst vielen andern enthalten. Die Feinde des allgemeinen Stimmrechts ratzen dem Präsidenten eine andere Taktik. Sie wollen eine verfrühte Ausschreibung der Wahlen für die nächste Legislative, diese sollte unter dem Schutz des beschränkten Wahlrechts geschehen, und erst bei Gelegenheit der Präsidentenwahl sollten die Schranken des Gesetzes vom 31. Mai fallen. Dies will Guizot, dies räth Molé und dieser Ansicht sind auch die Minister. Ludwig Bonaparte wird aber hierauf nicht eingehen, weil er gegen die gefährliche Nebenbuhlerschaft Joinville's keine schärfere Waffe zu haben glaubt als eben das allgemeine Wahlrecht. Die Legitimisten ihrerseits sehen sich auch auf alle Fälle vor und Berryer's Coterie ist mit dem Kandidaten der Opinion publique, dem General Changarnier, in Unterhandlungen getreten. Der General hat, wie die Opinion publique versichert, versprochen, gegen den Crétien'schen Antrag zu stimmen, und zum Lohn dafür würde er bei der voraussichtlichen Wei-

terung der Verfassungsrevision als Kandidat sämtlicher Legitimisten proklamiert werden, indem man hofft, auch die bisher widersprüchige Gagete de France und ihre Partei für diese Politik zu gewinnen. Ludwig Bonaparte, der von diesen Umtrieben seines jüngst bekehrten Bundesgenossen volle Kenntnis hat, beschäftigt sich, wie es scheint, nicht bloß mit der Abschaffung des Wahlgesetzes vom 31. Mai, er hätte sogar mehrere Mitglieder der gemäßigten Linken eventuelle Anträge gemacht. So erklärt man sich die plötzlich milde gewordene Opposition Girardin's und so sagte mir auch ein sehr gut unterrichteter Legitimist, daß die Zuversicht des Pays nichts weniger als chimaatisch sei. Obgleich es nun schwer anzunehmen ist, daß Ludwig Bonaparte nach seiner bisherigen Politik und namentlich nach den letzten Ereignissen, nach den Unterdrückungsmethoden, die sich seine Minister erlauben, mit Lamartine oder andern Republikanern versuchen sollte, muß doch die Möglichkeit, wenn auch nicht die Wahrscheinlichkeit einer solchen Politik zu gestanden werden.

Wir bemerkten oben, daß die Journale bis vor wenigen Tagen in großer Verlegenheit waren, denn über die geheime Politik wird über das, was aus den Coulissen zu ihnen dringt, wagen sie unter den jetzigen Preserverhältnissen nicht zu sprechen oder halten dies vorderhand nicht für ratsam. Die Möglichkeiten, die von den verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Lösungen wurden bereits vor so langer Zeit in der hiesigen Presse debattiert, daß man es kaum wagt, die eine oder die andere neuerdings zu besprechen, selbst wenn das Benehmen der Regierung oder des Präsidenten dazu Anlaß gäbe. Nun aber, seit Kossuth frei geworden, füllen die Erzählungen der Vorbereitungen zu dessen Empfang die Spalten unserer Journale. Die Weigerung Léon Faucher's, den ehemaligen Gouverneur von Ungarn durch Frankreich passieren zu lassen, hat der Opposition aller Nuancen vollends zu thun gegeben. Der Brief, den Kossuth an die Demokraten von Marseille geschrieben, hat hier außergewöhnliches Aufsehen erregt, und die Journale, welche denselben zuerst mittheilten, fanden reisenden Absatz. Der Präsident soll sehr übel berührt sein durch den Eindruck, den die Maßregel Léon Faucher's hervorgerufen hat, und die Regierung sucht sich in ihren halböffentlichen Journalen in ihrer Weise zu entschuldigen. Sie rechtfertigt sich durch den Umstand, daß sie Kossuth's Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Grafen Kasimir Batthyany, die verlangte Erlaubnis, nach Frankreich zu kommen, sogleich ertheilte. Graf Batthyany wäre kein Republikaner, er habe, sagt sie, mit dem revolutionären Kossuth jede Gemeinschaft aufgegeben, er sei der wahre Vertreter der ungarischen Bewegung. Wir wollen hier nicht erst auf diese lächerliche Behauptung eingehen, man weiß, daß kaum je eine Sache in solchem Maße von einer Individualität getragen wurde, als dies bei Kossuth mit der ungarischen der Fall ist. Wir wollen bloß bemerken, daß Batthyany seinen hiesigen Aufenthalt der Verwendung der französischen Gesandtschaft in Konstantinopel verdankt. Batthyany hat bereits in Konstantinopel einen französischen Pass verlangt, und wäre er wie Kossuth ohne einen solchen nach Marseille gekommen, um erst dort die Bewilligung Frankreich zu passieren, anzusprechen, würde man ihm gleichfalls einen abschlägigen Bescheid gegeben haben. Léon Faucher hat tout bonnement einen dummen Streich gemacht. Er hat Kossuth zu einer Manifestation herausgefördert, indem er ihn auf so unverantwortliche Weise von Frankreich zurückgewiesen. Léon Faucher hat die große Mehrzahl des französischen Volks durch diese Unzufriedenheit verlegt und Ludwig Napoleon nützte er noch weniger. Die Veranlassung zu einem Vergleich des Benehmens der englischen Behörden mit jenem des französischen Cabinets ist groß, und dieser Vergleich kann nur zum Nachteil der Minister Ludwig Bonaparte's ausfallen! Man muß den Charakter des französischen Volks kennen, um zu begreifen, welchen Eindruck die enthusiastische That jenes Arbeiters hervorrief, der sich in die Fluten des Meeres warf, um Kossuth die Hand drücken zu können. Dieser hat die rechte Seite im Herzen des Volks berührt, indem er sagte, daß Frankreich nicht identisch sei mit den Handlungen der Regierung und daß weder die Minister noch Ludwig Bonaparte Frankreich vorstellen. Diese Kritik muß dem Präsidenten in den Augen des Volks ebenso viel schaden als ihm eine freundliche Aufnahme des durchreisenden Verbannten genügt haben würde. Ludwig Bonaparte vergibt seine Vergangenheit zu sehr, er thut mehr, sich in der öffentlichen Meinung zu Grunde zu richten, als seine erbitterten Gegner thun könnten.

### Königreich Sachsen.

Leipzig, 10. Oct. Infolge des vielbesprochenen Waldheimer Entwaffnungsversuchs sind, wie wir vernnehmen, bis jetzt 17 dem Militärstande angehörige Personen eingezogen worden und befinden sich hier in Untersuchung. Unter dem Civilstande ist hier in Leipzig bis jetzt keine mit jenem Vorfall in Zusammenhang stehende Verhaftung vorgenommen worden, und scheint das ganze Unternehmen überhaupt hier keine Mitwirker gehabt zu haben.

Die Neue Preußische Zeitung brachte kürzlich folgende Mittheilung: „Über den Austritt Preußens mit seinen östlichen Provinzen aus dem Deutschen Bunde vernehmen wir, daß dem betreffenden Antrage zunächst die kleinen Königreiche, Sachsen insbesondere, entgegenstanden, und derselbe erst dann einstimmig angenommen wurde, nachdem Preußen bestimmt erklärt hatte, es werde mit diesen Provinzen faktisch aus dem Bunde treten, wenn es einen betreffenden Beschluss nicht erlange.“ Hierauf entgegnet das halb-offizielle Dresdner Journal Folgendes: „Die Neue Preußische Zeitung hat in der letzten Zeit wiederholt Auslassungen über die Stellung der sächsischen Regierung enthalten, denen sich eine abweichende Auffassung vielleicht mit-

gutem G  
auf im S  
willigen  
hend be  
sen, daß  
wir nich  
wie ob  
wurde,  
gengesta  
gegangen  
an allen  
Bedenke  
feiert, a  
endlicher  
chen s  
thals a  
nationalen  
nach de  
gen pol  
Wunsche  
standes  
Vereini  
vielme  
Preußisc  
schnellc  
ten wir  
durch di  
solle, vo

hung a  
Nr. 816.  
Räthle  
\* Leipz  
Sächs

\* W  
gegebe  
schaue  
eine sole  
gelegen  
Amerika  
Horn ni  
selbiger  
zu täusche  
die Gesi  
Räthle  
der Wu  
mühlen  
schwebe  
holt, die  
fertigt i